

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Wochenpreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des Postens. Unterhaltungsblatt in der Geschäftszeit, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkügengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterfüngengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Zeile 20 W. Im Reklameteil die Zeile 50 W. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 50 W. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 119.

Sonntag, den 25. Mai

1919.

Im Handelsregister des Amtsgerichts Eibenstock ist heute auf Blatt 234 für den Stadtbezirk

(Firma: **Ewald Seydel Nachf. in Eibenstock**)

eingetragen worden, daß die dem Kaufmann Otto Schöning in Eibenstock erteilte Procura erloschen ist.

Eibenstock, den 24. Mai 1919.

Das Amtsgericht.

Verkauf von Heeresgut.

Im Auftrage des Reichsverwertungsamtes, Landesstelle Sachsen, soll im Lager Manentzhaus Leipzig, Heerstraße, im Angebotsverfahren vergeben werden:

ein großer Posten neue und gebrauchte Emaille-, Zink- und gußeiserne Kessel und transportable Kesselöfen. Ein größerer Posten ausgemusterte Kesselöfen mit Emaillekeßel. Eine Anzahl Dezimal- und Tafelwagen, ein Posten verschiedene Gewichte. Etwa 5000 Stück Rohmuffen, 200 Dampfabsperrentile für Zentralheizungsanlagen geeignet. Ein großer Posten **Mähmaschinen-teile**, z. B. Messerplatten, Fingerplatten, Messerführungsplatten, Messerköpfe, Messerhalter, Kurbelstangenbeschläge, Zugfedern und Messerstangenführungen.

Ein Posten Steckarten, ein Posten verschiedene Werkzeuge, u. a. 7 neue Schraubfäden.

Die Gegenstände können am 22., 23. und 24. Mai 1919 von 9—12 Uhr vormittags besichtigt werden; Ausweise zur Besichtigung werden im Geschäftszimmer des H. B. A. Leipzig-Gohlis, Heerstraße 1, ausgestellt, woselbst auch die Kaufangebotsformulare zu entnehmen sind.

Angebote sind bis 28. Mai 1919 an unterzeichnete Stelle einzureichen; später eingehende Angebote bleiben unberücksichtigt. Kaufbedingungen sind im Kaufangebot ersichtlich.

Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.

Lagerverwaltung Leipzig, L-Gohlis, Heerstraße 1.

Zur Auszahlung

kommen Montag, den 26. Mai 1919, vorm. 9—10 Uhr Rentenbeiträgen an **Kriegsgerätswitwen**, 10—11 Uhr **Rentenzuschüsse an Rentenempfänger** aus der Arbeiterversicherung.

Dienstag, den 27. Mai 1919, vorm. **Zuschußunterstützungen an Angehörige von Soldaten**.

Eibenstock, den 23. Mai 1919.

Der Stadtrat.

Die letzte Woche.

Das Himmelfahrtsfest ist uns nahe gerückt und damit ist der Beginn der Pfingstzeit herangekommen. Am 5. Oktober 1918 verkündete der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden im deutschen Reichstage in einer von weitgehenden Hoffnungen durchwogenen Rede, daß wir den Präsidenten Wilson um seine Vermittlung zur Herbeiführung des Waffenstillstandes zum Zweck der Einleitung von Friedensverhandlungen ersucht hätten. Damals wurde die Erwartung laut: Zu Weihnachten haben wir den Rechts- und Verständigungsfrieden. Weihnachten und das neue Jahr kamen, der Winter ist vorübergegangen. Osterschwand, die Pfingstzeit und der letzte Frühlingsmonat sind da, aber den Frieden haben wir noch immer nicht. Wir wissen auch noch nicht, ob ein Friede, der sich mit unserer Ehre verträgt, unterzeichnet werden kann. So besteht der Kriegszustand mit der Entente tatsächlich noch immer fort, wir stehen heute vor dem 59. Kriegsmonat, und es ist sehr wohl möglich, daß das fünfte Kriegsjahr ohne die Vertragsunterzeichnung zu Ende geht.

Aus Paris hat man es freilich an Drohungen und Forderungen nicht fehlen lassen, die deutschen Abgesandten in Versailles zu bewegen, die Unterzeichnung des Vertrages in der deutschen Heimat zu beschleunigen. Aber bei uns braust der Enttäuschungssturm in sich täglich verstärkender Kraft, und der dunkel feine Wank und kein Schwanken auf dem einmal betretenen Wege des Widerstandes zur Abwehr der uns drohenden Schmach. Und die ganze Welt lauscht, nicht weniger als bei dem hallenden Kanonendonner vor einem Jahr, denn der Schlußakt des Krieges, der Kampf um den Frieden, ist der erregendste in diesem Völkerdrama. Es ist eine Schicksalsstragödie, in deren Verlauf das Wohlwollen des Triumphes auf den Gesichtern der Feinde zur abschreckenden Grimasse wird. Als der Sonnenkönig Attila vor Rom stand und seine harten Bedingungen aufstellte, fragten die Boten des römischen Senats: „Was willst du uns denn lassen, o König, wenn du uns alles nimmst?“ Und Attila antwortete kalt: „Das Leben!“ Unsere Feinde sind nicht so menschlich. Was sie uns lassen, ist kein freies Leben, sondern ein bankrottetes Dasein eines in Kraftlosigkeit versinkenden Volkes, und darum bleibt der Vertrag für uns unannehmbar, bevor nicht die 14 Wilson-Punkte, auf deren Grundlage unser Waffenstillstandsgeßel fußte, zur Geltung gebracht sind.

Zeitgleich mit dem deutschen Protest hat auch der Papst Benedikt in Rom eine Aktion zur Wahrung der Friedensbedingungen eingeleitet. Es wäre zu wünschen, daß diese Mahnungen des Oberhauptes der katholischen Kirche mehr Gehör finden, als seine früheren Aufforderungen, deren erste aus dem Jahre 1915 bereits datiert, und die von unseren Gegnern kalt bei Seite geschoben wurden. Es handelt sich heute in Wahrheit freilich für die Entente gar nicht mehr um eine Auseinandersetzung mit Deutschland allein, sondern um eine Neuverteilung der Erde, das heißt um die Zerstückelung aller unserer Fein-

den noch nicht gehörigen Gebiete in Europa, Asien und Afrika. Deutschland und Oesterreich merken es an der verlangten Vorreißung weiter Gebiete. Die Türkei wird zerlegt wie ein Braten, und mit Konstantinopel und Armenien macht sich das uneigennütige Amerika bezahlt. Herr Wilson annettiert nichts, aber sein Staat wird diese Gebiete im Namen des Völkerbundes verwalten. Die übrigen Erben des Sultans, der nur Anatolien behalten wird, sind England, das sich seiner mohammedanischen Untertanen in Indien wegen noch etwas ziert, Frankreich, Italien und Griechenland. Von der Türkei aus werden die lachenden Erben dann in Zentralasien hineingreifen. Wie in Asien, so wird England auch in Afrika Hauptbesitzer werden, und in zehn Jahren wird vielleicht schon die britische Eisenbahn von Alexandria bis nach Kapstadt laufen. Ob die Habgier der vielen Konkurrenten im Osten eine dauernde ruhige Entwicklung gestatten wird, ist allerdings eine andere Frage.

Im nahen Osten „raucht“ es schon jetzt. Die Russen haben ein Ultimatum an Rumänien und an Polen wegen Beachtung der künftigen Grenzen gestellt und für die Nichterfüllung ihrer Forderungen mit Krieg bedroht. Außerdem zanken sich die Polen mit den Litauern und Rumänen, und diese letzteren wieder mit den Serben wegen der Banats in Ungarn. Ob aus allen diesen Streitereien wirkliche Kriege entstehen werden, läßt sich heute nicht sagen. Die Menschheit ist auch gleichgültig gegen Kriegsmöglichkeiten geworden, und nur die Kriegsgewinner spizen die Ohren. Die friedliche Bürgerarbeit ist übel daran, und darum soll man sich helfen, ihr noch unnütze Schwierigkeiten durch innere Wirren zu bereiten.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Reichssteuerbedarf. Wie die „Tägl. Rdsch.“ hört, haben die Bundesstaaten die Aufstellung eines Gesamtsteuerplanes von den zuständigen Reichsbehörden verlangt, damit sie eine Uebersicht über die Erfordernisse der nächsten Zeit und über die Verteilung der Steuern zwischen Reich, Staat und Gemeinden haben. Binnen kurzem soll die auf die Länder erweiterte Reichserbschaftsteuer und Reichsgrundbesitz-Wechselabgabe erledigt werden.

Sitzung des „Parlaments“ des Ostens. Die ostmärkischen Mitglieder der deutschen und der preussischen Nationalversammlung sind am Donnerstag zu vertraulichen Beratungen über die Lage ihrer Heimatprovinzen im Festsaal des Abgeordnetenhauses zusammengetreten. Als Vertreter der preussischen Regierung nahm Unterstaatssekretär Köhler an den Beratungen teil.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen den Nordfrieden. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nimmt mit folgenden Ausführungen zu den Friedensbedingungen Stellung: Rechtlos,

arbeitslos, brotlos. Tief erschüttert steht das deutsche wecktätige Volk unter dem Eindruck der feindlichen Friedensbedingungen. Als es seine Waffen niederlegte, das Schlachtfeld verließ und dem Feinde die Grenzen öffnete, vertraute das deutsche Volk auf die Vertragstreue der Gegner, die sich Wilsons Bestriedensprogramm zu eigen gemacht hatten. Es erwartete einen Frieden des Rechts, der Freiheit, der Völkerverjüngung. Vor uns aber liegt das Todesurteil für das deutsche Wirtschafts- und Volksleben. Der Raub unserer Kolonien und aller unserer ausländischen Besitzungen sowie hundert andere Bestimmungen der Friedensbedingungen machen uns im Ausland rechtlos. Die Wegnahme der unentbehrlichen deutschen Rohstoffgebiete und unserer Handelsflotte wie die sonstige Lahmung unseres Wirtschaftslebens machen uns arbeitslos. Die Vorreißung großer und fruchtbarer Landestteile, die Auferlegung ungeheurer Lasten und die Abschüttung vom Weltmarkt machen uns brotlos. Seit Weltgedenken ist an keinem so großen, so arbeitsamen und so gesitteten Volk ein solches Verbrechen verübt worden, wie es gegen Deutschland geplant ist. Die durch die Arbeitsgemeinschaft miteinander verbundenen Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands legen vor aller Welt laut und feierlich den schärfsten Protest ein gegen die Vergewaltigung, Versklavung und schließlich Vernichtung des deutschen Volkes. Alle Deutschen: ermahnt die Arbeitsgemeinschaft zur Einheit und bittet die Regierung, keinen Hunger- und Nordfrieden, sondern nur einen gerechten Frieden zu schließen, der uns Freiheit, Arbeit und Brot läßt.

Die Empörung in Schlesien. Der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Oppeln, Otto Hoering, richtete an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann ein Telegramm, in dem es heißt: Als Beauftragter von mehr als 1 1/2 Millionen Bewohnern Oberschlesiens bitte ich Sie, dem Rat der alliierten und assoziierten Mächte in Paris folgenden Protest schnellstens übermitteln zu wollen: Von der 220 000 Personen starken Bevölkerung Oberschlesiens haben 150 000 in Protestversammlungen und Demonstrationen gegen diesen Frieden protestiert und feierlich gelobt und geschworen, eher sterben zu wollen, als in polnische Knechtschaft und Unkultur zu gehen. Die erdrückende Mehrheit des ober-schlesischen Volkes erwartet Gerechtigkeit und Recht. Es hofft auf Menschlichkeit auch von den Siegern und verlangt, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt.

Die Ententequertreiber in der Pfalz. Von den pfälzischen Gerichtsbehörden sind vier der Hauptankliser des Bundes zur Ausrafung einer unabhängigen Republik Pfalz mit Anschluß an Frankreich von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Daraufhin hat die französische Besatzungsbehörde die Freilassung dieser vier Leute erzwungen und hat dazu den Staatsanwalt, den Amtsgerichtsdirektor und den Gefängnisverwalter, die an der